



Antrag

der Fraktion der SPD

Altem und neuem Rassismus den Nährboden entziehen – Diskriminierung vorbeugen

Der Landtag wolle beschließen:

Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Diskriminierung müssen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in ihren alltäglichen wie institutionellen Formen früher erkannt, bekämpft und geahndet werden. Sie sind nicht nur einem individuellen absichtlichen Ausgrenzungs- und Abwertungswillen geschuldet, sondern äußern sich auch in Form systematischer und struktureller Benachteiligung von gesellschaftlichen Gruppen, die mit den Werten unserer Verfassung unvereinbar ist. Deswegen brauchen wir eine politisch-gesellschaftliche Kultur des Erkennens und des Handelns.

Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, alle Formen des alten und neuen Rassismus konsequent zu bekämpfen. Dazu gehören alle Diskriminierungen und Abwertungen, die Menschen aufgrund ihres Äußeren, ihres Namens, ihrer Kultur, Herkunft oder Religion betreffen, u.a. Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Rassismus gegen People of Color und Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja.

Dazu gehören:

1. Aufklärung und Sensibilisierung in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung sowie die aktive Beteiligung und Einbindung von Menschen, die von Diskriminierung, Rassismus und Abwertung betroffen sind.
2. Konsequente Aufklärung über die Folgen von Rassismus, Diskriminierung und Abwertung und die frühere Verankerung der Thematiken in den Schulen des Landes. Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte müssen entsprechend erweitert werden.

3. Aufklärung über rechtsextreme Subkulturen, die sich zunehmend im Internet bilden und dort rassistisches, menschenverachtendes, frauenfeindliches und faschistoides Gedankengut austauschen und sich gegenseitig radikalisieren. Terrorismus entsteht heute häufig im digitalen Raum.
4. Die Etablierung einer wissenschaftlichen Fachrichtung an den Hochschulen des Landes, die sich mit postmigrantischen Gesellschaften auseinandersetzt und aktiv erforscht, wie Rassismus entsteht.

Begründung:

Viele Menschen in unserer Gesellschaft nehmen die Gefahr und den Schaden, die von Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Diskriminierung ausgehen, nicht wahr oder nicht ernst, da sie sich selbst nicht als potenzielle Opfer sehen. Sie haben Rassismus nie selbst erlebt und haben oftmals auch keine Freund*innen oder Bekannten, die Rassismus durchlebt haben oder darüber sprechen. Mangels eigenen Wissens über die Gewalt und den Hass, denen viele Menschen in unserem Land täglich ausgesetzt sind, reden sie die Probleme klein. Daher ist die Forderung nach mehr Aufklärung in den Strukturen der öffentlichen Verwaltung und an Schulen besonders wichtig.

Rassismus führt oft zu schwerer körperlicher Gewalt bis hin zu Mord, wie die Anschläge in Hanau und Halle und der Mord an Walter Lübcke belegen. Die Menschen, die in den letzten Jahren rassistische Anschläge in Deutschland und anderen Ländern verübt haben, waren überwiegend männlich. Sie hatten menschenverachtende und von Verschwörungstheorien geprägte Weltbilder, die sie in Internetforen teilten. Wir benötigen (insbesondere bei Männern) Aufklärungen, um Anschläge in Zukunft präventiv zu unterbinden. Radikalisierung im Internet ist ein zunehmend vorkommendes Phänomen und sollte stärker in den Fokus der präventionsbezogenen Sicherheitskräfte rücken und Lehrkräfte an Schulen rücken.

Um aufzuklären, muss sich an wenigstens einer unserer Universitäten oder Fachhochschulen eine Forschungsrichtung etablieren, die sich explizit und handlungsorientiert mit der Entstehung von Rassismus in einer Gesellschaft auseinandersetzt und ihre Ergebnisse in die Gesellschaft hineinträgt. Nur so können etwaige Strukturen, die Rassismus fördern, aufgedeckt und bekämpft werden.

Tobias von Pein
und Fraktion